

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

| Inhalt:   | Seite | Seite   |     |
|---|-------|---|-----|
| Das Programm der neuen Reichsregierung . . . .  | 349   | Sprachgebieten des tschechoslowakischen Staates . . . . .   | 353 |
| Gesetzgebung und Verwaltung. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .   | 352   | Kongresse. Die Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer . . . . .  | 355 |
| Statistik und Volkswirtschaft. Abbau der Zwangswirtschaft im Auslandshandel. — Ein- und Auswanderungsfragen . . . . . | 352   | Mitteilungen. Arbeitersekretär für Bonn a. Rh. gesucht. — Sekretär vom Gewerkschaftsartell Bielefeld. — Für das Arbeitersekretär Schleiz (R.). — Verbandssekretär. — Parteisekretär . . . . . | 356 |
| Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung in den deutschen                        |       | Hierzu: Arbeiterrechtsbeilage Nr. 7.  |     |

### Das Programm der neuen Reichsregierung.

Der Ministerpräsident Gustav Bauer, hat am 23. Juli in der Sitzung der Nationalversammlung das Programm der neuen Reichsregierung in einer längeren Rede entwickelt. Wichtige Teile dieses Programms schneiden sehr tief in die Gebiete gewerkschaftlicher Tätigkeit ein, sie werden zweifellos zu eingehender Erörterung in Gewerkschaftskreisen führen. Es erscheint uns deshalb notwendig, die wichtigsten Stellen aus der Rede Bauers hier wiederzugeben.

Bauer verwies einleitend auf den Zusammenbruch und den Gewaltfriedensvertrag von Versailles, dessen künftige Revision erstrebt werden müsse. Zunächst gelte es aber, nach vorn zu sehen und Blick und Schritt vorwärts zu richten:

„Arbeit an der Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Volkes, unserer zerrütteten Wirtschaft, unseres schwergefährdeten sittlichen Bewußtseins, all das muß mit den gleichen Mitteln auf dem gleichen Boden geleistet werden. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigun und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde. Im neuen Deutschland bestimmt es selbst seine Gesetze und ist sein Wille das oberste Gebot. Wenn der großen Masse diese völlig veränderten Verhältnisse so oft noch nicht zum Bewußtsein kommen, so ist der Grund dafür, daß sie über dem immer noch bestehenden wirtschaftlichen Elend der Kriegszeit die politische Umwandlung übersehen. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf einem Schlachtfelde schafft. Acht Monate sind seither ins Land gegangen, größtenteils den Aufräumungsarbeiten gewidmet, aber auch dem Ausbau des neuen Staatshauses, das Sie in diesen Tagen durch die Annahme der neuen Verfassung krönen werden. Damit ist die demokratische Republik unter Dach und Fach, damit hat die Deutsche Nationalversammlung den ersten großen Teil ihrer Aufgaben gelöst . . .“

Nach einer Kampfansage an die Reaktion von rechts, die die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie erstrebt, fuhr Bauer fort:

„Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten 8 Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das eine oder das andere zu tun und zu bessern. Ich erinnere nur an die grundlegende Umgestaltung unseres Strafrechts und unseres bürgerlichen Rechts, die bereits in vollem Gange ist und die Demokratisierung unserer Rechtsprechung bringen wird. Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszuüben. Damit bin ich wieder bei der Zukunft und ihren Aufgaben. Wir müssen die Kräfte im Volk schaffen und ausbilden, welche die Demokratie, soweit sie noch auf dem Papier steht, ins Leben übertragen. Dies Schaffen und Ausbilden muß da anfangen, wo der wahre Mensch selbst anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verteilen, das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Mit Gewaltsmitteln ist keine Entwicklung zu fördern. Jedes Handwerk setzt seine Lehrzeit voraus, und das Regieren erst recht, obwohl Demagogen dem Volk heute vorreden wollen, dies verantwortungsvolle Handwerk lerne sich in ein paar Volksversammlungen und mit ein paar Resolutionen. Wir müssen wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen, wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen, damit die Demokratie in der deutschen Republik keine Neujährlichkeit, sondern der Geist des Volkes werde.“

Meine Damen und Herren, das sind Binsenwahrheiten, aber sie sind uns in der Verwirrung dieser Zeit fast verloren gegangen, wo viele in der leicht erworbenen Mitgliedschaft einer Partei das Anrecht auf eine Führerrolle erblicken, ja wo ganze Parteien, trotzdem sie die Minderheit darstellen, das Recht auf eine Diktatur ihrer Mitglieder über die Mehrheit des Volkes proklamieren. Die Herren „Unabhängigen“ sind es, die diese Diktatur des Proletariats als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Was die Unabhängigen wollen, wäre nicht einmal eine Klassenherrschaft, sondern die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse.

Aber mit der übergroßen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, geistloses und unzweckmäßiges Mittel aufs Entschiedenste ab. Eine Diktatur kann keine neuen Kräfte schaffen, sie kann die innere Natur der Dinge nicht verändern, ganz besonders nicht auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wenn Sie den Beweis dafür haben wollen, so sehen Sie doch nach Rußland, das — genau, wie es einst in der zaristischen Sünden Maienblüte das Vorbild unserer Reaktion gewesen ist — heute als das gelobte Land unserer Allerradikalsten gilt. Dort hat eine Diktatur von heute auf morgen „sozialisiert“, das heißt den Arbeitern den Betrieb unternehmer- und direktorentrein in die Hand gegeben. Und was war die Folge? Schon seit Monaten sind Unternehmer und Direktoren wieder zurückgeholt worden, mit Niesengehältern und mit den alten Vollmachten, genau so, wie die Offiziere des Zaren in die „Rote Armee“ zurückgeholt worden sind, zuzumt der Kommandogewalt und der blinden Disziplin!

Meine Damen und Herren, eine Revolution der Experimente, dazuhin der mißglückten Experimente, das mache ich nicht mit! Auf der anderen Seite sind wir auch nicht ängstlich vor jedem Wagnis. Jeder Kühne, aber den Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßte Fortschritt trägt sein ureigenes Tempo in sich, das sich gewaltsam nicht ändern läßt, ohne Rückschläge heraufzubeschwören. Wer dies Tempo übermäßig beschleunigt, ist kein Bahnbrecher der Revolution, sondern ein Schrittmacher der Reaktion. Er zerstört die wirtschaftlichen Grundlagen der Allgemeinheit, er weckt die Abwehr, den Widerstand und schließlich die Gegenrevolution.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den wilden Streiks, die seit Wochen rings um uns aufschließen, abflauen und plötzlich wieder losbrechen, und das in einem Augenblick, wo Nationalversammlung und Regierung mit der Zustimmung der großen Volksmehrheit ihr Wort für die Erfüllung des Friedensvertrages nach Kräften verpfändet haben. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in einem Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands erklärt: „Der Wahnglaube, durch Putzche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan.“ Wir wollen gern glauben, daß dies die Ansicht der offiziellen Parteileitung ist, und daß der Passus mehr ist, als eine Salviaurung für den Fall, daß dennoch Putzche kommen. Angesichts der Haltung der sogenannten „revolutionären Obleute“, die in ihrer Mehrzahl der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, ist der Zweifel zumindestens erlaubt, ob diese Ansicht der Parteileitung für die Gesamtpartei verbindlich ist. Aber der Satz klingt noch seltsamer, wenn man bedenkt, daß er geschrieben wurde gerade zu einer Zeit sich ewig wiederholender Putzche! Denn was sind denn diese Streiks anders als unblutige Putzche, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volk durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schaden zufügen, als je ein Straßenkampf.

Nun haben alle die Berufs-kategorien, die in den letzten Wochen durch Streiks die wirtschaftliche Existenz der Republik in Frage gestellt haben, empört jede Behauptung zurückgewiesen, als handle es sich bei ihnen um politische Kämpfe. Es ist selbstverständlich und eine Regierung, die in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, wird es am allerwenigsten leugnen: die breiten Volksmassen haben Grund zur Unzufriedenheit. Die Unruhe in unserer Arbeiterschaft ist nicht auf Kräfte-sucht und nicht auf Arbeits-scheu zurückzuführen. Der würde am allerletzten Abhilfe schaffen können, der nicht den berechtigten Kern in dieser Streikbewegung zu erkennen vermag. Auf der einen Seite Genußsucht und

zügellose Verschwendung, ein Prassen dank eines sinnlos verteuerten Schleichhandels auf Kosten der Allgemeinheit, Kapitalflucht und Verschiebung von Vermögenswerten. Auf der anderen Seite, trotz aller Erhöhungen, immer noch Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten, ganz gewiß aber nicht zur Bezahlung von unrationierten Lebensmitteln ausreichen. So stellt sich weiten Arbeiterkreisen heute die Lage dar. Und nun greifen sie zu dem einzigen Mittel, das nicht bessern, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik! Auf wessen Anraten? Wer hat zumindestens nicht abgeraten, nicht vor den Folgen gewarnt? Meine Damen und Herren, nicht nur einzelne Vorgänge berechtigen uns, von frevelhaftem Mißbrauch zu sprechen, den kommunistische und andere Drahtzieher mit den Arbeitern, mit ihren berechtigten Forderungen, mit all diesen wilden Streiks getrieben haben. Die akademische Anerkennung von der Torheit der Putzchattil nützt gar nichts. Hier sind ja Putzche, hier werden Putzche veranlaßt. Nicht am Maschinengewehr erkennt man den Putzch, sondern an seiner Gefahr für das allgemeine Volksleben, an seinem Willen, gewaltsam eine Umgestaltung herbeizuführen. So lange die Herren Unabhängigen nicht den Mut aufbringen, offen und gerade dagegen Front zu machen, müssen sie sich den Vorwurf der Zweideutigkeit gefallen lassen.

Auf dem Budapestter Rätekongreß hat der Volksbeauftragte Nijstor die landwirtschaftlichen und die Industriearbeiter davor gewarnt, Lohn- und Mehrforderungen zu stellen, indem er betonte, wenn heute jemand mit übermäßigen Forderungen aufträte, so tue er dies nur auf Kosten des Gesamtproletariats! Wo hätte bei uns je ein Unabhängiger oder ein Kommunist solche Worte gefunden oder gar solchen Worten gleichgesonnene Taten folgen lassen? Nein, die Unabhängigen schweigen und die Kommunisten rufen zum letzten, unerbittlichen Kampf.

Meine Damen und Herren! Eine Regierung, die diesen Namen verdient, muß handeln. Ihre Aufgabe ist es nicht, vor jedem fertig vom Zaune gebrochenen Streik zu kapitulieren. Aber es ist ihre Aufgabe, berechtigte Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen und ihre Volksgenossen darüber aufzuklären, was heute durch keine Macht zu ändern, was als unseelige Erbschaft des Krieges gemeinsam getragen und abgetragen werden muß.

Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben. Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der anderen außerordentliche Steigerung der Löhne, das hat von Grund auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgestaltet. Der Anteil, den der eine und der andere aus der gemeinsamen Arbeit zieht, bildet keinen Alleinbesitz und kein alleiniges Bestimmungsrecht des Unternehmers mehr. Die Macht des Arbeiters — Sie werden verstehen, daß ein Mann, der, wie ich, seit 30 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung steht, also dort, wo seit Anbeginn gegen die Vormacht des Arbeitgebers gekämpft wurde, das mit Freude feststellt —, die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Rechtlosigkeit gehört der Geschichte an.

Diese Umschichtung im Einfluß auf den Wirtschaftsprozess muß ihren Ausdruck auch in unseren öffentlichen Einrichtungen finden. Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung, lediglich als Arbeitskraft heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozess macht. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unter-

nehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht, es setzt über das Privatinteresse das Allgemeininteresse, es beendet ein für allemal das Zeitalter der „lebendigen Maschine“ und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesther.“

Der Ministerpräsident stellte sodann die schnelle Sozialisierung der Stromerzeugung und des Braunkohlenbergbaues in Aussicht, dem bald die Sozialisierung des übrigen Bergbaues folgen wird. Er kennzeichnete ferner mit knappen Strichen das Steuerprogramm der Regierung, lehnte die berühmte „Planwirtschaft“ als eine Behinderung des Sozialismus ab und kündigte an Stelle dessen den Abbau der Zwangswirtschaft an. Für unsere künftige Wirtschaftspolitik stellte er folgende drei Gebote als richtunggebend auf:

1. Sozialisierung, soweit als möglich, und keinerlei neue Erschwerungen für die künftige durchgehende Sozialisierung.

2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung.

3. Fernhaltung überflüssiger Zuzufuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte, und überhaupt jeder Zufuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde. In den Grenzen dieser drei Gebote aber Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jeden Kredits, Dezentralisation der Mitarbeit an der Aufforkung unseres wirtschaftlichen Lebens.“

Diese drei Grundsätze entsprechen vollauf unseren gewerkschaftlichen Auffassungen, wie sie hinsichtlich 2 und 3 in der kürzlichen Entschliebung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Zentralinstanzen unserer Konsumgenossenschaften zum Ausdruck gekommen sind. Die von uns geforderte Beibehaltung der Kontrolle der Ein- und Ausfuhr, aber Beseitigung der Bürokratisierung des Auslands Handels, wurde auch von Bauer anerkannt. Auch die Heranziehung der Verbraucherorganisationen bei der Preisgestaltung und der Verteilung will er in die Wege leiten, und dem Schleichhandel den Todesstoß verfehen.

Die Regierung will die wirtschaftlich Schwachen unterstützen, die Ansiedlung durch billige Vergabe von Grundstücken fördern, die Invaliden-, Alters- und Kinderrenten erhöhen und die große Reform der Reichsversicherungsordnung in allernächster Zeit in Angriff nehmen. Die Vereinheitlichung des gesamten Arbeiterrechts schreite schnell vorwärts, ein neues Beamtenbesoldungsgesetz soll baldigst geschaffen werden.

Aber all das könne nur durchgeführt werden, wenn gearbeitet wird. Auch der Friedensvertrag, den die Regierung unter Zwang unterzeichnen mußte, lege uns die Pflicht zur Arbeit auf. Die Arbeit sei unser einziges Zahlungsmittel, dessen Kurs nicht gefallen, sondern steigen ist. Durch sie können wir Nahrungsmittel und Rohstoffe bekommen, ohne sie nichts.

Bauer fuhr dann fort:

„Angesichts dieser durch Vertrag und Selbsterhaltungstrieb begründeten Verpflichtung zur Arbeit sehen viele die einzige Rettung darin, diese Arbeit im Notfall zu erzwingen. Sie verweisen auf die bratonischen Bestimmungen gegen Streiks, die Lenin erlassen hat. Sie verweisen auf das Vorgehen der Budapestter Räteregierung, die Arbeitslose während der Ernte zwangsweise nach Orten geschickt hat, wo es an Arbeitskräften mangelt.

Die Reichsregierung lehnt diese Praktiken der Diktatur des Proletariats ab! Schon weil sie nicht einseitig gegen die Arbeiterschaft vorgehen und den bürgerlichen Nichtstuer nach seinem Belieben faulenz lassen will. Aber die Reichsregierung und mit ihr die Parteien, denen es ernst ist mit der Vertragserfüllung, werden sich überlegen müssen, wie wilde und unüberlegte Streiks, die ohne oder gegen die Parole der Organisationen und Parteien erfolgen, verhindert werden können. Durch die Tarifvertragsregelung vom 23. Dezember 1918 hat die Arbeiterbewegung ein langumämpftes Ziel endlich erreicht. Diese vorerst provisorisch getroffene Regelung soll in Wälde gesetzlich ausgestaltet werden. Die Ersetzung des persönlichen Arbeitsvertrages durch den kollektiven hat die Macht der Organisationen wesentlich gestärkt. Die Möglichkeit, Schiedsprüchen gesetzesmäßige Rechtswirksamkeit zu verleihen, macht dem Zustand ein Ende, daß langwierige Tarifverhandlungen am Egoismus einer Vertragspartei scheitern und die Allgemeinheit die Zechen bezahlen muß. Unser Ziel muß das obligatorische Schiedsgericht sein, das die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle beschränkt. Dieses Ziel kann natürlich nur erreicht werden im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften. Es ist keine Frage, die syndikalistisch-kommunistischen Treibereien bedrohen diese Festsung, die sich der deutsche Arbeiter errichtet hat, in mehr als einem Punkt. Aber gerade der letzte Gewerkschaftskongress hat bewiesen, daß die Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten bei dem gewerkschaftlich geschulten Teil der Arbeiter noch die Oberhand hat. Zusammen mit ihm müssen wir der Krankheit dieser Zeit Herr werden und Erschütterungen vermeiden, die, wie dieser Tage im Berliner Verkehrsstreit, ohne jedes Maß die Allgemeinheit bedrohen. In dem Friedensvertrag steht unter dem Kapitel „Wiedergutmachung“ der Paragraph:

„Die Maßnahmen, welche die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind, im Fall einer vorfälligen Nichterfüllung Deutschlands zu ergreifen, und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können sein: Ein- und Ausfuhrverbote, wirtschaftliche und finanzielle Repressalien und ganz allgemein solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als den Umständen nach notwendig erachten werden.“

Damit bekommt alles innerhalb der deutschen Wirtschaft einen vollkommen neuen Sinn. Wir alle stehen in einer Gesamthaltung. Die Gesamtheit muß leiden, wenn Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sich der Arbeitspflicht entziehen. Damit ist eine ganz neue Situation geschaffen. Es ist nicht mehr in das Belieben des einzelnen gestellt, ob er seine Pflicht tun will, und nicht der einzelne ist es mehr, auf den die Folgen der Pflichtverletzung fallen. Der Staat muß die Erfüllung jetzt fordern, er muß die Nichterfüllung verhindern können. Der Friedensvertrag ist einigermaßen nur dann durchführbar, wenn jeder Deutsche auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechtes zugunsten der Allgemeinheit verzichtet, so wie die Staaten ihrerseits auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen zugunsten des Völkerbundes.“

Die weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten beschäftigten sich mit dem Völkerbunde; sie klangen in einem warmen Bekenntnis zur Demokratie aus und fanden den lebhaften Beifall der großen Mehrheit der Nationalversammlung, während die Rechte zischte.

man nur voll beipflichtet. Mit welcher Sicherheit hat der Verfasser des Aufsatzes im „Correspondenzblatt“ die Gefahren der Auswanderung für deutsche Arbeiter geschildert! Wir möchten deshalb an einigen Beispielen zeigen, daß vom Reiche aus etwas Entschiedenenes getan werden muß, ehe sich der tüchtigste Teil unserer Arbeiter ins Ausland verliert, um nicht wieder zurückzukehren.

Wir mußten hier namentlich für Metall-, Transport- und Landarbeiter um Auslandsplätze nachsuchen. Trotzdem wir uns bemühten, den Auswanderungslustigen die Bedenken und Gefahren eingehend auszumalen, hat sich bisher keiner abhalten lassen, den ersten Schritt zu tun, auch in den Fällen, wo es sich um Verheiratete handelte.

Der erste war ein Mieter, der auf einer der tiefen Werften arbeitet und einen Stundenlohn von 2,40 Mk. hat. Er wurde angeworben von einer Kopenhagener Firma (Reimann), die wahrscheinlich in Deutschland Zweigniederlassungen besitzt, die aber gesunde und kräftige Arbeiter für ihren Betrieb in Kopenhagen gebraucht. Mit einem Gefühl der Erbitterung hörten wir die Schilderung des Mieters, der seine Lohnverhältnisse in Kopenhagen glaubt ganz erheblich verbessern zu können, lediglich auf das Angebot der Firma, daß der Lohn wesentlich höher als hier sein würde. Allerdings war von der Kopenhagener Firma die Höhe des Lohnes nicht angegeben, was ja auch charakteristisch ist. Für den Mieter mochte freilich auch etwas Abenteuerlust und der Wunsch emporzukommen mitspielen und sicher haben dazu auch die von keiner Sachkenntnis getrüben Schilderungen der Reaktionäre von rechts und links beigetragen, die an ein Emporkommen Deutschlands aus der gegenwärtigen Misere nicht glauben. Das einzige, was der Mann versprach, war, daß er versuchen wolle, seine Erfahrungen im dortigen Arbeitsverhältnis nach hier mitzuteilen, um eventuell vor weiterem Zuzug warnen zu können.

In dem anderen Falle handelte es sich um einen Seemann, der durch die bürokratische Methode der Behörden maßlos erbittert war, die ihm nicht gestatten wollten, sich zum Kanalbau zu melden. Während der kommunale Arbeitsnachweis der Unterweserstädte ihm diese Stelle vermittelt hatte und einen Fahrpreisermäßigungschein ausstellte, weigerte sich die Fürsorgestelle, ihm das volle Reisegeld zu geben mit der Begründung, er sei erst vor einigen Tagen von Hamburg zugereist und hätte deshalb keinen Anspruch darauf. Er mußte sich nach Hamburg zurückbegeben. In Hamburg hatte er sich auf der Erwerbslosenfürsorge gemeldet — wie ich aus der Meldebarte ersehen konnte —, aber er stand erst an 752. Stelle, um Arbeit zu bekommen. Da dort aber nur täglich einige Mann untergebracht würden, hätte er sich, kurz erwischlossen, nach hier gewandt, weil ihm gesagt worden sei, er könnte hier leichter Arbeit bekommen. Das tat er und als er wirklich auch Arbeit fand, machte ihm die eine Stelle unerhörte Schwierigkeiten. Er versicherte mir, gern arbeiten zu wollen, aber wenn ihm diese Schwierigkeiten gemacht würden, wolle er fort aus Deutschland. Wir meinen nun, gerade in diesem Falle hätte jede bürokratische Schablone vermieden werden müssen, weil es sich um einen Seemann handelt, für den die wirtschaftliche Lage ganz besonders tragisch liegt!

In einem dritten Falle war es ein Landarbeiter, der von dem Gutspächter einfach auf die Straße gesetzt wurde. Wenn diese Beilen veröffentlicht wer-

den, wird der Mann mit seiner Familie wohl nach irgendeinem benachbarten Lande auf und davon sein — denn die Landwirtschaften dieser anderen Länder brauchen auch Arbeiter und weil sie den deutschen Landarbeiter als einen fleißigen und tüchtigen kennen, werden sie sich nicht scheuen, sie mit der Aussicht auf höhere Löhne und bessere Wohnungsverhältnisse anzulocken. . . .

Sicher wird mancher von denen, die das rauche Blut und der große Gewinn ins fremde Land treibt, bald einsehen, daß er mit dem Wechsel von Sprache und Kultur noch nicht im gelobten Lande ist, wo Milch und Honig fließen. Aber kann uns das genügen? Müssen wir nicht dafür sorgen, daß es gar nicht erst dazu kommen darf, selbst wenn wir den einen oder anderen wiederbekommen?

Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Forderungen, wie sie in dem Aufsatz des „Corr.-Bl.“ aufgestellt worden sind. Wir können und wollen die Freizügigkeit nicht beschränken, aber wir müssen unsere Presse und unsere Organisationen erheben, daß sie mit allen nur erdenklichen Mitteln und Kräften den Auswandererstrom eindämmen: durch Aufklärung in den Versammlungen, durch Merkblätter, durch Aufrufe in der Presse, durch bildende Vorträge und vor allem durch eine großzügige Wohnungsreform auf dem flachen Lande, wobei auch angemessene Löhne gezahlt werden müssen. Die Reichsregierung muß etwas Entschiedenenes tun. Die großen Verbände sollten ganz besonders eingehend die Auswanderungsfrage studieren und Kräfte anstellen, die sich ausschließlich damit zu beschäftigen haben.

Bremerhaven.

L. Radlof.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Zur Unterzeichnung des Versailler Friedens schreibt der „Grundstein“ des Bauarbeiterverbandes u. a.:

„... Eine in Paris residierende, aus 5 Ententevertretern bestehende Wirtschaftsüberwachungskommission wird für die pünktliche Eintreibung des festgesetzten Tributes sorgen. Sie wird in Zukunft nicht nur den deutschen Handel und das deutsche Wirtschaftsleben, sondern auch das deutsche Finanz- und Steuerwesen kontrollieren und die eigentliche Beherrscherin Deutschlands sein. Ohne ihre Einwilligung wird Deutschland von nun an keine Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik mehr betreiben können. Deutschland ist heute zwar formell noch selbständig; aber in Wahrheit ist es eine halbe Kolonie der Entente.

Die deutsche Regierung hat trotz alledem diesen Schandfriedensvertrag unterzeichnet. Sie hat ihn unterzeichnet, obwohl sie weiß, daß sie ihn nicht halten kann. Sie hat ihn unterzeichnet mit Rücksicht auf das deutsche Volk. Sie mußte ihn unterzeichnen, weil das deutsche Volk keine Möglichkeit mehr hat, sich mit den Waffen in der Hand gegen die Gewalt der Entente zur Wehr zu setzen. Sie mußte ihn unterzeichnen, wenn sie nicht durch eine neue Blockade Millionen Deutscher dem Hungertode aussetzen wollte. Die Entente hat die Unterzeichnung des Friedensvertrages erpreßt. Es ist so gekommen, wie wir es während des ganzen Krieges bei einer Niederlage Deutschlands befürchtet haben: Das deutsche Volk wird zum Sklaven der Entente. Begreifen nun die Kollegen, die uns wegen unserer Kriegspolitik so viel geschmäht

Wir müssen für heute mit unserer Stellungnahme zu dieser bedeutamen Programmrede des Ministerpräsidenten, der aus unserem eigenen Gewerkschaftskreise hervorgegangen ist, zurückhalten. Aber wir können nicht ganz über jene Stelle seiner Rede hinweggehen, die uns die obligatorischen Schiedsgerichte in Arbeitskonflikten in Aussicht stellt. Wir erkennen an, daß die Erfüllung des einzelnen gegenüber dem Gemeinwohl der höchste Grundsatz im neuen Deutschland sein muß, und daß dieser kategorische Imperativ des Genossen Bauer sich mit zwingender Logik aus der Gesamtlage unseres Landes ergibt. Die Bereitwilligkeit unserer Gewerkschaften, mit der Regierung nach dem Wunsche Bauers über die Mittel und Wege, die uns zum Ziele führen können, ein Einvernehmen herbeizuführen, glauben wir auch aussprechen zu können. In der Frage des obligatorischen Schiedsgerichts sind aber die zu überwindenden Schwierigkeiten unermesslich groß und es kommt auf die Ausführung an, ob mit diesem Mittel das Ziel erreicht wird, oder ob wir nicht neuen Erschütterungen entgegengehen. Die Beispiele Australiens zeigen, daß das obligatorische Schiedsgericht den ruhigen Fortgang des Wirtschaftslebens nicht allein gewährleistet, daß es vielmehr durch die Bureaufratifizierung der Arbeitsbedingungen selbst Streiks der Arbeiter hervorruft. Wir glauben zwar, daß eine solche Gestaltung des Schiedsgerichtswesens gefunden werden kann, die diese Gefahr bannt, müssen aber zu gleicher Zeit betonen, daß eine schiedsgerichtliche Zwangsjade uns nicht geeignet erscheint, die wilden Streiks einzudämmen; sie würde nur die Organisationen in ihrer Tätigkeit behindern und dadurch Gefahren für die Arbeiter heraufbeschwören, die letzten Endes auch das Wirtschaftsleben beeinträchtigen müßten. Die Zusicherung Bauers, daß er nur im Einvernehmen mit den Gewerkschaften an diese Frage herangehen wird, gibt uns jedoch die Sicherheit, daß die Regierung auch in dieser wichtigen Frage „die Revolution der Experimente“ ablehnt und lediglich nach Mitteln sucht, die auch der Arbeiterschaft dienen sollen. Auf diesem Wege halten wir eine Verständigung für möglich.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Am 5. Februar hatte die Regierung eine Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erlassen, die den Zweck hat, die Sonntagsarbeit der Handelsangestellten zu beseitigen. Sonntagsarbeit soll demnach nur zulässig sein für den Verkauf von Lebensmitteln, die die Bevölkerung unbedingt am Sonntag kaufen muß. Auch für die Expeditionsbranche blieben Ausnahmebestimmungen vorgesehen.

Die Verwaltungsbehörden haben diese Regierungsverordnung indes nicht in der Weise durchgeführt, wie es notwendig ist. Am schlimmsten steht es im Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder. Der dortige Regierungspräsident Bartels hat eine Verordnung erlassen, durch die für fast alle Läden auch an Sonntagen eine zweistündige Arbeitszeit zugelassen ist, was durchaus dem Geiste der Verordnung vom 5. Februar widerspricht.

Die kaufmännischen Angestellten sind darüber um so mehr erstaunt, als es sich im Regierungsbezirk

Frankfurt a. Oder nicht etwa um einen Regierungspräsidenten aus wilhelminischer Zeit, sondern um einen Mann handelt, der erst von der gegenwärtigen Regierung eingesetzt ist.

## Statistik und Volkswirtschaft.

### Abbau der Zwangswirtschaft im Auslandshandel.

Zwischen dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Centralinstanzen der Konsumgenossenschaften (Centralverband und Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine) sind auf Grund eines Beschlusses des genossenschaftlichen Tarifamtes wiederholt Verhandlungen über die Möglichkeiten, eine Preissenkung für Lebensmittel usw. zu erreichen, geführt worden. Nach eingehenden Erwägungen aller damit zusammenhängenden Umstände sind die genannten Körperschaften einmütig zu dem Ergebnis gekommen, dem Reichsernährungsministerium folgende Entschliebung zu unterbreiten:

„Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Centralverband deutscher Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. sind der Ansicht, daß nach Aufhebung der Blockade die Zwangswirtschaft hinsichtlich der Einfuhr von Nahrungs- und notwendigen Genußmitteln und Rohstoffen abgebaut wird. Durch die tunlichst fortschreitende Freigabe der Einfuhr wird die Bewucherung des Volkes durch den Schleichhandel zurückgedrängt, die Wiederbeschäftigung unserer Bevölkerung beschleunigt, der Warexport ermöglicht und auf die deutsche Valuta günstig eingewirkt.

Für die Einfuhr der genannten Waren fordert der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die weitestgehende Einschaltung der genossenschaftlichen Organisationen, um so deren preisregulierende Tendenz im Einzelhandel wirksam zu machen.

Für die Einfuhr von Fertigfabrikaten einschließlich der als Genußmittel geltenden Tabakfabrikate ist aus allgemein wirtschaftlichen Gründen Beschränkung nach wie vor erforderlich. Soweit Fertigfabrikate zur Einfuhr gelangen, muß im Interesse einer schnelleren Gesundung unserer heimischen Volkswirtschaft verlangt werden, daß stets in der gleichen Höhe des Wertes der Fertigfabrikate Rohstoffe aus dem Auslande eingeführt werden.

Die Freigabe der Einfuhr bedingt bis auf weiteres eine planmäßige Kontrolle. Das gilt auch hinsichtlich der Ausfuhr. Die Kontrolle soll ausgeübt werden in Rücksicht auf den einheimischen Bedarf, auf Valuta und Schiffsraum und Preisbildung im Inlande. Die Verbraucherorganisationen sind zur Mitwirkung heranzuziehen.“

### Ein- und Auswanderungsfragen.

Zu dem Aufsatz in Nr. 25 des „Correspondenzblatts“ über obiges Thema möchten wir einige Bemerkungen machen. In der letzten Zeit häufen sich im hiesigen Arbeitersekretariat die Fälle, wo sowohl Land- wie Industriearbeiter dem Staub deutschen Bodens von den Füßen schütteln. Allen den in dem genannten Aufsatz genannten Gesichtspunkten kann

haben, daß diese Kriegspolitik kein Chauvinismus, kein Nationalismus und kein Verrat an den Interessen der deutschen Arbeiter war? Daß diese Haltung diktiert war von der Sorge um das deutsche Volk und von den Interessen der deutschen Arbeiterschaft? Viele werden das auch heute noch nicht begreifen, weil sie in ihrem politischen Fanatismus die Wahrheit nicht sehen und nicht sehen wollen. Aber wir sind überzeugt: Auch sie werden noch einsehen, daß unsere Haltung richtig war, daß es ein Verbrechen war, dem deutschen Volk in den Rücken zu fallen und auf eine Niederlage Deutschlands hinzuarbeiten. Diejenigen, die das getan haben, haben eine schwere Verantwortung vor dem deutschen Volk und den deutschen Arbeitern auf sich genommen!

Der Friedensvertrag ist unterzeichnet. Er wird vom deutschen Volk niemals als Recht anerkannt werden. Er wird für uns niemals mehr sein, als ein Dokument der schandbarsten Erpressung. Das deutsche Volk und ganz besonders die deutsche Arbeiterschaft wird sich von der Entente nicht dauernd versklaven lassen. Dazu hat sie ihre alten Tyrannen im eigenen Lande nicht gestürzt, um sich nun von Ausländern unterjochen zu lassen. . . .

Der Fabrikarbeiterverband hatte am 31. Dezember 1918 einen Bestand von 185 (im Vorjahre 292) Tarifverträgen, die für 414 (572) Betriebe mit 18 126 (20 416) Beschäftigten die Arbeitsverhältnisse regelten. Die Abnahme ist auf die Stilllegung von Betrieben, Eingehen der Firma usw. und vor allem auf die schlechten Verhältnisse in der Ziegeleiindustrie zurückzuführen. Auf die einzelnen Industriezweige verteilen sich die Verträge wie folgt:

| Industriezweig            | Verträge | Betriebe | Zahl der Beschäftigten |
|---------------------------|----------|----------|------------------------|
| Ziegeleien, Zement usw.   | 39       | 126      | 2711                   |
| Chemische Industrie . .   | 52       | 57       | 3103                   |
| Papier und Zellstoff . .  | 11       | 13       | 1607                   |
| Nahrungsmittel . . . .    | 39       | 103      | 8349                   |
| Sonstige Betriebe . . . . | 44       | 115      | 2356                   |

Der Gärtnerverband hatte am 1. Juni eine Mitgliederzahl von 20 500 erreicht.

Vom Vorstand des Gemeindegewerkschaftenverbandes werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß in unserer Zusammenstellung der wichtigeren Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses in Nr. 29 des „Corr.-Bl.“ die vom Kongreß zur Frage der Organisationsform gebilligte, vom Genossen Grafmann im Namen der Kommission abgegebene Erklärung fehlt. Da es sich hier in der Tat um eine wichtige Entscheidung handelt, holen wir hiermit das Versäumte nach. Die Erklärung lautet:

„Die Kommission hält die Aenderung der Satzungen hinsichtlich der Organisationsformen nicht für notwendig, erklärt aber, daß davon abweichende organisatorische Eigenarten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angehört, anerkannt werden.“

Damit wurden die diesbezüglichen Anträge der Gemeindegewerkschaften, Bergarbeiter usw. für erledigt erklärt. — „Die Gewerkschaft“ des Gemeindegewerkschaftenverbandes würdigt diesen Beschluß des Kongresses wie folgt:

„Kögen nun alle unsere Funktionäre auch das richtige Augenmaß für die Zweckmäßigkeit unserer einheitlichen Betriebsorganisation insofern behalten, als wir alles vermeiden, Grenzfreiheiten heraufzubeschwören! Es darf uns wahrlich nicht um die Gewinnung einzelner Mitglieder um jeden Preis zu tun sein, sondern

Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit, aber auch friedliche Verständigung müssen uns Leitstern bleiben!“

Ein weiterer, in unserer Zusammenstellung fehlender Beschluß des Kongresses lautet:

„Der zehnte deutsche Gewerkschaftskongreß spricht die bestimmte Erwartung aus, daß bei dem Aufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, soweit Deutschland daran beteiligt ist, jeder kapitalistische Einfluß ausgeschaltet wird.“

Der Verband der Lithographen und Steindrucker zählte am Schlusse des letzten Berichtjahres 9582 Mitglieder gegen 5135 zu Anfang des Jahres. Die Jahreseinnahmen betragen 392 066 Mark gegen 313 907 Mk. im Vorjahre, die Ausgaben 407 517 (im Vorjahre 237 071) Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 51 280 Mk., Krankenunterstützung 81 602 Mk., Invalidenunterstützung 25 763 Mk., Witwenunterstützung 22 493 Mark, Sterbegelder 15 179 Mk. usw. Der Vermögensbestand bezifferte sich auf 399 758 Mk.

### Die Gewerkschaftsbewegung in den deutschen Sprachgebieten des tschechoslowakischen Staates.

Bald nach dem Umsturz in den letzten Oktobertagen des vergangenen Jahres, der das alte Österreich beseitigte und an seiner Stelle mehrere neue Nationalitäten entstehen ließ, strömten auch in Deutschböhmen und im Sudetenland die Arbeiter scharenweise in die gewerkschaftlichen Organisationen. Die Ortsgruppen der Reichsverbände erreichten in kurzer Zeit Mitgliederzahlen, die zuvor selbst in Zeiten industriellen Aufschwungs bei fleißigster Werbearbeit niemals erzielt worden waren. Ganze Betriebe, in die man vordem nicht einzudringen vermochte, traten unaufgefordert den Gewerkschaften bei. Selbst in jenen Berufsgruppen setzte sich der gewerkschaftliche Gedanke siegreich durch, die zu organisieren früher nahezu unmöglich war. In den Kreisen der Staatsangestellten, in den Reihen der Industriebeamten und bei den Angestellten der Bezirke und Gemeinden begann man mit den alten Organisationen, die ganz auf bürgerlichem Boden standen, zu brechen. Auch diese Berufsgruppen suchten Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, zu der sie vordem keinerlei Beziehungen hatten. Die Eingliederung der neuen Mitglieder, die Unterbringung der frisch für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß gewonnenen Arbeiter und Angestellten in erst zu schaffende Gewerkschaften nahm zwar die Geschäftsstellen der österreichischen Centralverbände und die örtlichen Gewerkschaftskommissionen stark in Anspruch, ungeachtet dessen schritten aber auch die übrigen gewerkschaftlichen Arbeiter rüstig vorwärts. Waren doch alle Schranken beseitigt, die vor dem Zusammenbruch des Habsburger Reiches hindernd im Wege standen.

Da rückten in der ersten Dezemberhälfte 1918 die tschechoslowakischen Truppen in Deutschböhmen und im Sudetenland ein, besetzten vor allem die Industrieorte und bereiteten den ertrogenen Freiheiten ein jähes Ende. Den Ortsgruppen wurde der Verkehr mit den Wiener Verbandsleitungen immer schwieriger gemacht, zeitweilig sogar ganz unterbunden. Dann kamen die geldwirtschaftlichen Maß-

nahmen der tschechoslowakischen Regierung, die sich vornehmlich gegen Deutschösterreich richteten. Seitdem ist der Geldverkehr zwischen den in Deutschböhmen und im Sudetenland bestehenden Zweigvereinen mit ihren Centralstellen nahezu unmöglich geworden. Soweit er sich schließlich noch bewerkstelligen läßt, geht es nicht ohne beträchtlichen Schaden ab. Auch sonst tat die Prager Regierung alles, um Deutschböhmen und das Sudetenland von Deutschösterreich abzusperren, wodurch die Zustände für die den österreichischen Centralverbänden angehörenden Gewerkschaften immer unerträglicher wurden. Jene wenigen Verbände wieder, die seit jeher in Deutschböhmen ihren Sitz hatten, wie die der Bergarbeiter, der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter, vermochten bald nicht mehr mit ihren in Deutschösterreich bestehenden Ortsgruppen ordentlich zu verkehren. Als dann gar noch einzelne Behörden im tschechoslowakischen Staat andeuteten, daß man auf die Dauer Zweigvereine ausländischer Verbände im Bereich des neuen Staates nicht dulden könne, traten auf Drängen aus den Kreisen der Organisationen die Gewerkschaftsvertrauensmänner der besetzten Gebiete zu Beratungen zusammen. Die erste dieser Tagungen fand am 13. und 14. April in Teplitz statt, die zweite am 11. Mai in Jägerndorf. Beide Gewerkschaftstage wendeten sich gegen die Gewaltpolitik der tschechoslowakischen Machthaber und bekamen sich einmütig zu dem Grundsatz, daß jedes Volk selbst berechtigt sein müsse, über sein staatliches Leben zu entscheiden.

Leider sind an der Vergewaltigung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten die heutigen politischen und gewerkschaftlichen Vertretungen der tschechischen Arbeiterklasse mit beteiligt. Vertrauensmänner der sozialdemokratischen tschechischen Arbeiter sitzen in der Regierung oder decken in anderen einflussreichen Stellen die Handlungen der bürgerlichen Klassen gegen alle Grundsätze der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes. Mit dieser beklagenswerten Tatsache mußten sich die beiden Vereinigungen abfinden. In Sachen der durch die Gewaltpolitik der Tschechoslowaken unabweisbar gewordenen Neuordnung der gewerkschaftlichen Einrichtungen in Deutschböhmen und im Sudetenland wurde auf beiden Konferenzen einmütig beschlossen, die den österreichischen Centralgewerkschaften angehörenden Ortsgruppen in eigene Verbände zusammenzufassen und dabei deren Zahl auf neunzehn zu verringern. Der deutschböhmisches Landesgewerkschaftskommission wurden alle Aufgaben übertragen, die bis jetzt die Reichsgewerkschaftskommission zu erfüllen gehabt hat. Ausdrücklich betont jedoch der Beschluß, daß die Trennung von den deutschösterreichischen Gewerkschaften nur unter dem harten Zwange der Verhältnisse erfolgt und die vorläufige Verjüngung der Gewerkschaftsbewegung in den nach dem Selbstbestimmungsrecht eigentlich zu Deutschösterreich gehörenden Ländergebieten nur ein Notbehelf und ein Uebergang sein soll, bis die staatsrechtlichen Fragen im Sinne der Demokratie und des Sozialismus gelöst sind. Dazu wird es um so eher kommen, je früher die tschechischen Arbeiter den Weg zur aufrichtigen und klaren sozialistischen Politik zurückerfinden.

Die Wiener Hauptstellen der österreichischen Gewerkschaftsverbände sowie die Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs haben sich mit den Beschlüssen der beiden Tagungen in Teplitz und Jägerndorf einverstanden erklärt. Mit dem 1. April hat die deutsch-

böhmische Landesgewerkschaftskommission für die deutschen Gebiete des tschechoslowakischen Staates die Arbeiten der Reichskommission übernommen. Seitdem sind bereits eine Reihe neuer Verbände errichtet worden. Und wenn nicht der tschechoslowakische Staat die polizeilichen Einrichtungen Altösterreichs übernommen hätte, wäre die Arbeit des Neuaufbaues schon viel weiter gediehen. So aber verlangt man jedesmal die Vorlegung der Verbandsstatuten zur Genehmigung und läßt diese dann in Prag viele Wochen lang unerledigt liegen. Man ersichert die Versammlungsstätigkeit, indem man das veraltete, rückständige Versammlungsgesetz Österreichs in allen seinen Teilen anwendet, und überwacht die Zusammenkünfte von Arbeitern, wenn man wieder einmal vermutet, es sei etwas gegen den Bestand des Staates geplant. Der Ausnahmezustand ist zur ständigen Einrichtung geworden und ärger als in der Zeit des Krieges. Trotz aller dieser Schwierigkeiten machen die Gewerkschaften in den deutschen Sprachgebieten unausgesetzt Fortschritte. Die Zahl der Organisierten dürfte gegenwärtig bereits an die eineinhalb Hunderttausend betragen. Und noch immer hält der Zustrom zu den Verbänden in fast allen Berufen an.

Reichenberg.

Anton Schäfer.

## Kongresse.

### Die Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer

tagte vom 23. bis 26. Juni in Würzburg. Es war das der letzte Verbandstag dieser alten erprobten Berufsorganisation. Die vorausgegangenen Generalversammlungen in den Jahren 1906, 1909 und 1912 hatten sich bereits mit der Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband zu beschäftigen. Auch Urabstimmungen wurden in den Jahren 1909 und 1912 vorgenommen, durch die sich 42,4 bzw. 52,0 Prozent der Abstimmenden für den Anschluß erklärten. Die Verbandsleitung hatte in Rücksicht auf die inzwischen vollzogene Entwicklung diesmal noch vor dem Verbandstage eine Urabstimmung veranlaßt, aus der sich ergab, daß 77,3 Proz. der Abstimmenden für den Anschluß votierten.

Der Verlauf der Tagung des Verbandstages war durch dieses Votum bestimmend beeinflusst. Lebhaftere grundsätzliche Auseinandersetzungen über den Anschluß erfolgten in der Generalversammlung ebensowenig wie vordem im Verbandsorgan. Die dem Verbandstag vorliegenden Anträge bezogen sich im wesentlichen auf den Vollzug des Anschlusses. Einige Eventualanträge verlangten Unterstützungsänderungen.

Zur Tagung waren anwesend 14 Delegierte, 3 Hauptvorstandsmitglieder, der Obmann des Verbandsausschusses und je ein Vertreter der Generalkommission und des Holzarbeiterverbandes. Von den 14 Delegierten stimmten nur 2 gegen den Anschluß des Gesamtverbandes an den Holzarbeiterverband; davon trat einer für den Fortbestand bzw. Ausbau der Organisation zu einem allgemeinen kunstgewerblichen Verband ein, und der andere Delegierte befürwortete die Freigabe der Steinbranche, damit diese sich dem Steinbildhauerverband anschließen könnte, weil die Steinbildhauer doch nicht dazu zu bewegen sein werden, dem Holzarbeiterver-